

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Maximilian Brödel
Redaktions-Comptoir: 10041
Am 1. März 1931: Nr. 10011
Schließung u. Kündigung: 1931
Verlag: K. L. Wachsmann

Belegpreis bei Maßiger Verteilung monatlich 2,40 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für
Kriegsteil), nach Verteilung 2,40 Mk. einschließlich 20 Pfg. Belegpreis (ohne Verteilungsteil)
bei sonstiger Verteilung monatlich 2,40 Mk. Belegpreis: Die einseitige 20 mm
breite Seite 20 Pfg., für anlässlich 40 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen 20 Pfg.
15 Pfg., anlässlich 20 Pfg., bis 20 mm breite Werbeanzeigen 100 Pfg., anlässlich 200 Pfg. Offerten-
zeitung 20 Pfg. Kuponblätter 20 Pfg. pro Blatt

Druck u. Verlag: Neff & Reichelt,
Dresden, Boltes-Str. 1048
Kundenzahl nur mit best. Kurzwahl
(Dresden, Wdr.) möglich. Unveränderte
Schriftgröße werden nicht aufbewahrt

Brünnings Kampf gegen die SPD.-Anträge

Steuererhöhungen im Ausschuss angenommen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. März. Der Reichstag tritt heute wieder nach kurzer Pause zu seinen Beratungen zusammen. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsarbeiters in Österreich, und infolgedessen wird die Sozialpolitik im Mittelpunkt der kommenden Debatten stehen. Jetzt dürfte auch der Zeitpunkt gekommen sein, wo der Reichsanwalt wieder seine Verhandlungen mit den Sozialdemokraten aufnehmen. Offenbar ist das Zentrum demnach doch mehr zur Nachgiebigkeit bereit, als man bisher für möglich hielt. Das ergibt sich aus der

heutigen Sitzung des Steuerausschusses,

in der die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge über Zuschläge zur Einkommensteuer bei Einkommen über 5000 Mark jährlich und über Zuschläge für Ausschussmitglieder zur Einkommensteuer weiterverhandelt wurden.

Hr. Esser (Z.) erklärte,

daß das Zentrum die kommunistischen Anträge ablehne, dagegen aber keinen großen Widerstand gegen Zuschläge für Ausschussmitglieder leisten wolle. Unannehmbar sei der sozialdemokratische Antrag, der einen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 5000 Mark wolle. Auch werde das Zentrum keine Erhöhung der Vermögenssteuer zulassen. Angesichts der großen Not der Landwirtschaft und des Umstandes, daß bei der schlechten wirtschaftlichen Lage gegenwärtig große Vermögen ohne Ertrag sind, wäre eine weitere Vermögensbelastung untragbar. Auch müsse jede Erschütterung der Wirtschaft durch neuerliche Anträge der Steuererhöhung vermieden werden. Man dürfe aber nicht übersehen, daß sowohl im Ausschuss wie im Plenum des Reichstages bei den jetzigen parteipolitischen Verhältnissen eine feste Mehrheit für die Tendenz dieser Anträge vorhanden sei.

Hr. Binnsch (Staatsp.)

hielt im gegenwärtigen Augenblick jede Steuererhöhung für gefährlich, und sei sie auch noch so geringfügig. Das gelte besonders gegenüber der von der Sozialdemokratie beantragten Erhöhung der Aufschlagsteuer, die einer Diffamierung der Ausschussarbeit gleichkäme.

Dann wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks bei Stimmhaltung des Zentrums, der Bay-

rischen Volkspartei und der Christlichsozialen die sozialdemokratischen Anträge auf Einkommensteuer für Ausschussmitglieder und auf eine Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer in den Rechnungsjahren 1930 und 1931 von 5 auf 10 Prozent bei Einkommen von mehr als 5000 Reichsmark jährlich angenommen.

Im großen Zusammenhang der parlamentarischen Gestaltung kann noch eine andere Frage von erheblicher Bedeutung werden, nämlich

die Dauer der Reichstagsvertagung.

Bisher hatte man angenommen, daß auch die Sozialdemokraten einer Vertagung bis in den Herbst hinein nichts in den Weg legen würden. Wie wir nunmehr hören, wünschen sie aber, daß die Parlamentspause zunächst nicht länger als bis kurz vor Pfingsten, also bis Ende Mai, ausgedehnt wird. In Kreisen der Reichsregierung wird eine längere Vertagung schon deshalb für notwendig gehalten, weil das Kabinett erst nach dem Abschluß der Reichstagsverhandlungen an die eigenartige politische Arbeit gehen kann und dann alle Kraft für die Ausführung der Gesetzeswerke braucht, die der Verrückung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage dienen sollen. Der Reichsanwalt ist bemüht, einen Ausweg aus diesen Schwierigkeiten zu finden. Diefem Ziele ist offenbar auch eine längere Vertagung, die er gestern abend mit dem Führer der Deutschen Volkspartei hatte; er wird außerdem heute wohl auch mit den Sozialdemokraten sprechen.

Der Rechtsausschuss des Reichstages stimmte am Donnerstag zunächst dem Gesetzesentwurf gegen Waffennußbrauch zu.

Vertiefung der Koalitionskrise in Thüringen

Meimar, 12. März. Die Thüringer Koalitionskrise hat eine Vertiefung erfahren. Die Deutsche Volkspartei hat dem Vorsitzenden des interfraktionellen Ausschusses mitgeteilt, daß sie den für heute nachmittags anberaumten neuen Besprechungen zur Beilegung der Krise fernbleiben werde, da die Nationalsozialisten ihre Pressebeleidigungen gegenüber der Volkspartei bisher noch nicht zurückgenommen haben. Die Volkspartei erklärt sich jedoch bereit, Vorläufe der Nationalsozialisten über die Beilegung der Differenzen entgegenzunehmen.

Die Vorfinanzierung der Rußland-Aufträge gesichert

Reichsgarantie 40, Ländergarantie 30 Prozent

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. März. Wie bereits gemeldet, wird sich das Reichskabinett Anfang der nächsten Woche mit dem Ergebnis der Rußlandverträge fahrender deutscher Industrieller befassen. Inzwischen ist es aber bereits gelungen, in einigen Punkten Klarheit zu schaffen.

Wie es heißt, sollen Reich und Länder bereit zu sein, die Rußlandverträge für die von den deutschen Industriellen in Rußland vereinbarten neuen Aufträge weitgehende Ausfallbürgschaften zu übernehmen.

Diese Bürgschaften für die sich im ganzen auf 300 Millionen beziffernden Neuaufträge sollen vom Reich zu 40 Prozent, von den Ländern zu 30 Prozent getragen werden, so daß der Rest von 90 Millionen auf eigenes Risiko der Industrie lauten würde. Dazu haben sich bereits auch einige Städte zur Übernahme weiterer Ausfallbürgschaften bereit erklärt.

Die Ausfallbürgschaft, die das Reich bisher übernommen hat, betrug für 1929 rund 42,5 Millionen, für 1930 etwa 12,5 Millionen, und für das laufende Jahr waren 200 Millionen vorgesehen, zu denen nun für Reich und Länder weitere 210 Millionen hinzukommen würden. Einer Lösung bedarf ferner die Frage der Vorfinanzierung für die Vorkosten. Die russische Regierung will für ein Drittel der Vorkosten die Vorfinanzierung, die in Deutschland bevorzugen werden müßte. Diese Vorfinanzierung wird voraussichtlich von einem deutschen Bankenkonzern übernommen werden.

Gelingt es, die neuen Bestellungen unterzubringen, so würden sich die russischen Aufträge für dieses Jahr in Deutschland verdoppeln.

Im Jahre 1929 betragen die 205 Millionen Rubel, im Jahre 1930 302 Millionen Rubel und für das laufende Jahr sollten sie einen ähnlichen Betrag erreichen. Hierzu würden nun gegebenenfalls die Neuaufträge im Werte von 300 Millionen Mark kommen.

Eine englische Warnung

London, 12. März. Bei der Besprechung der vorgeschlagenen neuen russischen Aufträge für die deutsche Industrie bemerkt "Daily Telegraph", daß man in Deutschland einen sehr wichtigen Punkt gänzlich übersehen habe. Man wisse sehr gut, daß der Hauptzweck des russischen Angebots an die deutsche Industrie darin bestehe, einen politischen und wirtschaftlichen Druck auf die Vereinigten Staaten und andere Länder auszuüben, die sich gegen das russische Dumping wahren wollten.

Nachmittag im Warschauer Sejm

Warschau, 12. März. Die Sejmung, in der die deutsch-polnischen Verträge zur Debatte und Abstimmung kamen, zog sich bis 5 1/2 Uhr morgens hin. Ebenso wie der Liquidationsvertrag erstellte auch der Handelsvertrag nach dem heftigen Einspruch der Vertreter der Rechten und der Bauern eine Mehrheit, worauf der Ratifikation zugestimmt wurde. Für den Handelsvertrag stimmten 188 Abgeordnete des Regierungsbündels, die Sozialisten und die Minderheiten gegen 75 Vertreter der Rechten und der Bauernpartei.

Das Wort gegen den Vertrag führten auch diesmal die Nationaldemokraten, die sechs Redner auf die Tribüne schickten, um mit den üblichen Argumenten nachzuweisen, daß der Regierungsablock das Vaterland an den deutschen Feind verkaufe, und daß, während der Liquidationsvertrag besonders in nationalpolitischer Hinsicht für Polen von höchster Gefahr sei, der Handelsvertrag erst recht den unvermeidlichen wirtschaftspolitischen Ruin des Staates herbeiführen werde. Handelsminister Proktor empfahl die Annahme des Vertrages, da der bisherige Wirtschaftskrieg Polen beträchtliche Schäden zugefügt habe.

Annahme der Abkühlungsvorlage im dänischen Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung die Abkühlungsvorlage mit 77 gegen 64 Stimmen an. Die Vorlage geht nunmehr an den Senat.

Länderkonferenz gegen die Gostlojen-Propaganda

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. März. Am Mittwoch der kommenden Woche findet auf Einladung des Reichsministers des Innern Dr. Brüning eine Konferenz in Berlin statt, in der sowohl die innerpolitische Lage als auch im besonderen die kirchen- und religionsfeindliche Propaganda der Linken besprochen werden soll. Angeblich sind zu dieser Konferenz nur die größeren Länder "eingeladen" worden, so Bayern, Sachsen, Preußen, Baden, Württemberg und Hessen.

Künftig ist, daß Thüringen, obwohl es größer als Hessen ist, nicht eingeladen wurde, ebensowenig Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg usw.

Es wäre gut, wenn sich eine Länderregierung fände, die den Reichsinnenminister gelegentlich mit Nachdruck darauf aufmerksam macht, daß es in Deutschland Länder erster und zweiter Klasse doch nicht geben sollte. Wie wir hören, sollte die Konferenz eigentlich schon heute in Berlin stattfinden, wurde aber auf Wunsch Sachsens auf Mittwoch nächster Woche verschoben.

Volksbegehren in Lippe-Deimold erfolgreich

Detmold, 12. März. Das von den Nationalsozialisten und der konservativen Volkspartei eingeleitete Volksbegehren auf vorzeitige Auflösung des Lippeischen Landtages ging heute zu Ende. Die von beteiligter Seite mitgeteilt wird, ist die erforderliche Stimmenzahl erreicht worden.

Dänemark warnt vor Gefrierfleischimporten

Berlin, 12. März. (Eigene Drahtmeldung.) In der Frage des Gefrierfleischkontingents ist jetzt ein Schritt Dänemarks erfolgt. Die dänische Landwirtschaft hat eine Verbalnote überreicht, in der sie daran erinnert, daß das früher bestehende soziale Gefrierfleischkontingent ständig die Quelle der Unzufriedenheit in denjenigen Kreisen Dänemarks gewesen sei, die an der Ausfuhr von Vieh und Fleisch nach Deutschland interessiert sind.

Aus diesen Gründen müßte sich die dänische Regierung dringend gegen das Inkrafttreten dieser neuen Kontingentregelung wenden.

In den Verhandlungen des Reichsrats hat diesem Schritte entsprechend, das Auswärtige Amt ebenso wie alle anderen beteiligten Reichsressorts für die Wiederanhebung des Reichstagsbeschlusses plädiert. Auch die gesamte Seefischwirtschaft hat bei dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft scharfen Protest gegen die geplante soziale Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch erhoben.

Müllers Befinden sehr ernst

Berlin, 12. März. Der Zustand des früheren Reichsanwalts Hermann Müller, der zur Zeit in einer Privatklinik liegt, wird von den behandelnden Ärzten als sehr ernst, wenn auch nicht hoffnungslos bezeichnet. Es heißt, es handele sich um eine vollständige Vereiterung der Gallenwege und um eine Entzündung der Bauchspeicheldrüse. Ueber die Frage einer etwaigen Operation laßt gestern eine Beratung statt, doch kamen die führenden Berliner Chirurgen, die sich um den Kranken bemühen, dahin überein, bei dem augenblicklich schlechten Befinden des Patienten zunächst von einem Eingriff abzusehen.

Ein großer Schlag der Dortmunder Kriminalpolizei

550 Einbruchsdiebstähle aufgeklärt

Dortmund, 12. März. Durch das Geständnis des am 24. Mai 1930 bei einem Einbruchsdiebstahl in Dortmund verhafteten 23jährigen Arbeiters Franz Ritta ist es der Dortmunder Kriminalpolizei gelungen, drei Einbrecherbanden von insgesamt 21 Personen auf die Spur zu kommen. Die Banden arbeiteten gemeinsam, jede Kolonne hatte eine autorisierte Gehelexpedition hinter sich. Alle 21 Beteiligten sind in der Zwischenzeit hinter Schloß und Riegel gebracht worden und haben die ihnen zur Last gelegten Straftaten eingestanden. Insgesamt konnten 550 Einbruchsdiebstähle und 25 Automobiliebstähle aufgeklärt werden. In allen Fällen haben die Täter ein Geständnis abgelegt. Ein großer Teil des Diebesgutes konnte wieder herbeigeführt werden. In den meisten Fällen waren die Diebe die treibende Kraft für diese Verbrechen. So hat ein Dortmunder Dieb eine der Diebesbanden ständig bei sich beherrschgt und versorgt. Von Dortmund aus unternahm die Einbrecherbanden in gestohlenen Autos Einbrecherfahrten, die sich zunächst nur auf das Sauerland beschränkten, später aber bis nach Belgien ausgedehnt wurden, wo sich dann bald eine neue vielföpfige Bande bildete. Bald wurden die Fahrten auf ganz Nordwestdeutschland ausgedehnt. So übten die Banden ihre Tätigkeit in Hamburg, Kiel, Rummelsburg, im Harz und in der Bamberger Gegend aus.